**Quergedacht**

Die neue Agrarreform - Arbeitstitel

Derzeit haben Politiker ein kurzes Gedächtnis. Sowohl in der EU als auch in der Bundesrepublik. Sie meinen, es wie Adenauer halten zu können „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“ dabei wird aber der Adenauers Nachsatz vergessen „nichts hindert mich, weiser zu werden“.

Die staatlichen Direktzahlungen im Rahmen der GAP hatten bei Einführung ursprünglich die Ziele, keinen Hunger mehr sowie Deckelung der Lebensmittelpreise. Dadurch sind die Verbraucherpreise für Lebensmittel viele Jahre deutlich langsamer gestiegen als die Verbraucherpreise insgesamt. Die Nahrungsmittelpreisewirkten inflationshemmend. Lag Anfang der Siebzigerjahre der Anteil der Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel inländischer Herkunft bei rund 48 %, so fiel er bis 2019 auf rund 22 %. Das höhere verfügbare Einkommen wird insbesondere für Wohnen, Verkehr, Freizeit und Gesundheit ausgegeben, geht aber am Landwirt vorbei. Diese Form der Lebensmittelsubvention mit der Gießkanne ist letztendlich eine verfehlte, ungerechte und extrem teure Subvention. Bemänteln wird sie von Anfang an mit dem Begriff der landwirtschaftlichen Einkommenssubvention. Selbst wenn es eine Einkommenssubvention wäre, wird sie zum großen Teil zweckentfremdet abgesogen durch hohe Pachten und Kaufpreise für LN. Der Bund holt sich über die BVVG sogar einen Teil der Zahlungen zurück.

Die gesamten Verbraucherausgaben beliefen sich 2019 auf rund 1.720 Milliarden €. Davon entfielen 241,5 Milliarden € oder 14 % auf Nahrungs- und Genußmittel. Dazu kommen rund 74,4 Milliarden Euro für Verpflegung in Gaststätten und Kantinen. Der Anteil der Nahrungs- und Genußmittel an den gesamten Konsumausgaben ist im langjährigen Zeitvergleich deutlich gesunken. Der Grund für diesen Langfristtrend liegt in den Einkommenssteigerungen und in dem unterdurchschnittlichen Anstieg der Nahrungsmittelpreise. Von 1 € für Lebensmittel erhält der Landwirt nach Berechnungen des DBV nur noch 22 cent.

Durch die jetzt beschlossene Umschichtung = Reduzierung der Direktzahlungen aus der ersten Säule fließen rund 1,1 Milliarden € Nahrungsmittelsubvention ab. Aber eigentlich ist es noch mehr, denn 25 % aus der ersten Säule werden für Öko-Regelungen reserviert. Wäre die Marktmacht der Landwirte nicht atomisiert, so würde dies zu höheren Konsumgüterpreisen und mehr Inflation führen. Bedenklich ist durch die Umschichtungen der Trend zu immer höheren ökologischen Einkommenskomponenten. Der Trend zum staatlich alimentierten Landwirt verstärkt sich. Das steht im Widerspruch zur Klöckners Statements “Wer Landwirte zu Landschaftsgärtnern degradiert, verkennt, daß sie uns mit Nahrungsmitteln versorgen“. Warum dann die Erhöhung des Umfangs der nichtproduktiven Flächen und Landschaftselemente auf Ackerland?

Dem Einfluß der Agrarminister West ist es zu verdanken, daß die ersten Hektare stärker gefördert werden sollen. Professor Balmann (IAMO, Halle) nannte das bereits 2014 eine „Museumsprämie“, die durch höhere Pachtpreise und eine Strukturkonservierung verpufft.

Einen großen Wurf gäbe es erst dann, wenn die EU und alle Länder der EU sämtliche landwirtschaftlichen Einkommenszahlungen streichen würden, verbunden mit einer dramatischen Reduzierung der Verwaltung bis hin zu den Landwirtschaftsämtern. Landwirte würden zu Kostenpreisen verkaufen. Einkommensschwache Personen können gezielt mit einem Nahrungsmittelzuschuß (ursprüngliches Ziel der Direktzahlungen) für steigende Preise entschädigt werden. Aber dazu fehlt überall der Mut.